

# Ortsgespräch

Nr. 30

DETTINGEN - WALLHAUSEN

Febr. 83

## Bundestagswahl am 6. März

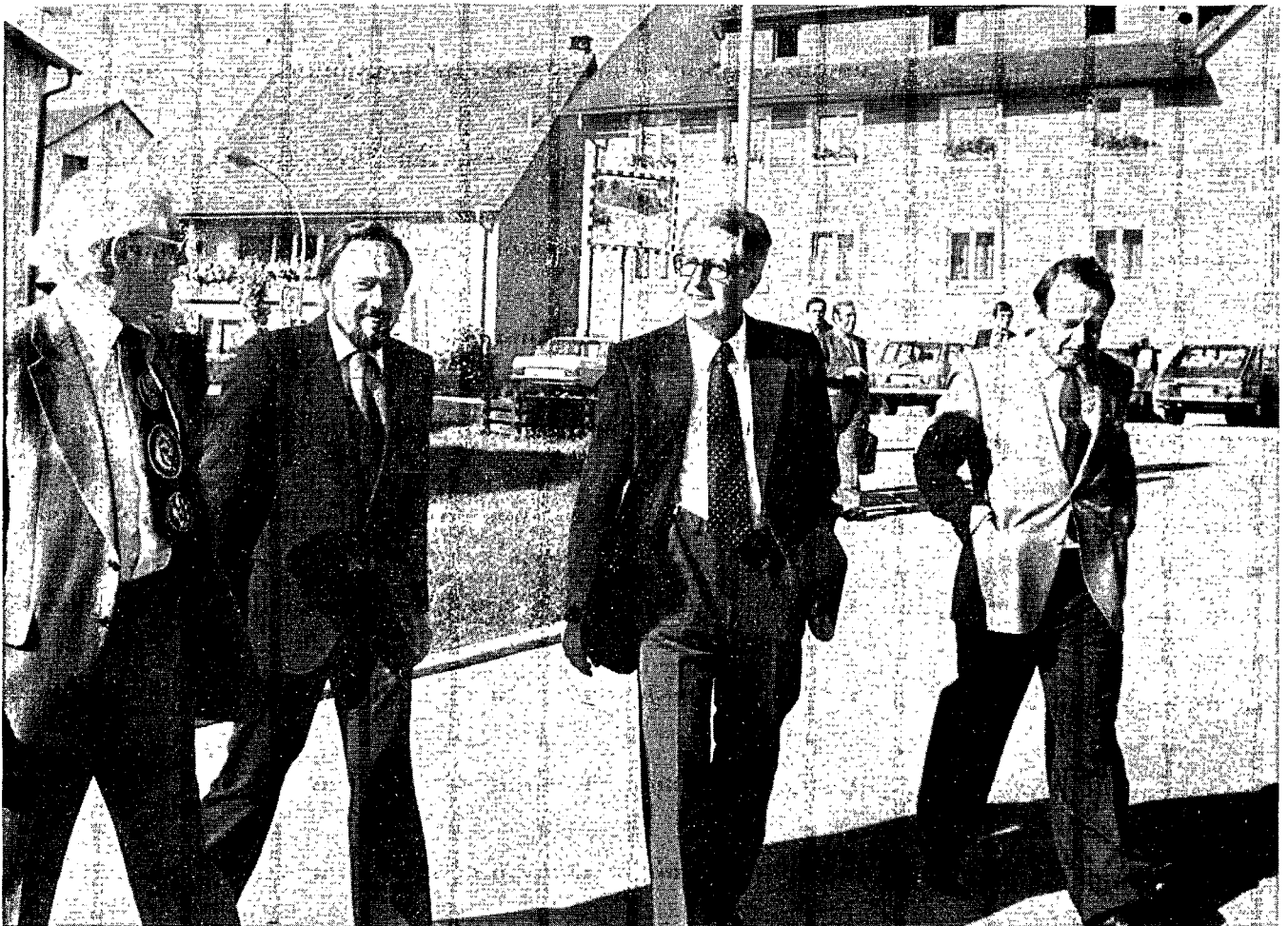


Bild: Wolff-Seybold

Am 28. Oktober 1978 war der damalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel zu einem kurzen Besuch in Dettingen. Unser Bild zeigt in der Mitte Hans-Jochen Vogel, rechts neben ihm unseren Abgeordneten Fritz-Joachim Gnädinger, links den ersten und zweiten Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Dettingen.

# Hans-Jochen Vogel in Dettingen

Kurzbesuch am 28. Oktober 1978,  
Gespräch mit Journalisten und Dettinger  
Sozialdemokraten

Hans-Jochen Vogel, damals Bundesjustizminister, war auf Einladung des SPD-Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Fritz-Joachim Gnädinger nach Konstanz gekommen, um dort auf einer Kreisdelegiertenkonferenz über aktuelle politische Themen zu sprechen.

Zuvor kam es bei einem Mittagessen im Gasthaus "Kreuz" in Dettingen zu einer Pressekonferenz und zu einem Meinungsaustausch mit Dettinger Sozialdemokraten. Auf Fragen der Journalisten verteidigte Vogel die von seinem Ministerium geplante Strafrechtsreform gegen die Kritik aus den Reihen der CDU/CSU-Opposition. Die Union läge schon deshalb falsch - so Vogel -, weil der von der Regierung angestrebte Reform ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zugrundeliege.

Eingangs hatte SPD-Vorsitzender Roland Schöner in seiner Tischrede dem "Genossen Justizminister" u.a. den SPD-Ortsverein vorgestellt und dabei auch erwähnt, daß die Dettinger Sozialdemokraten, trotz Eingemeindung nach Konstanz, ihre Selbständigkeit bewahrt hätten und daß sie damit gut gefahren seien.

Hans-Jochen Vogel ging darauf in seiner Antwort ein. Es sei auch seine Erfahrung aus seiner Zeit als Münchner Oberbürgermeister, daß in den Stadtteilen, wo sich die Bürger noch als "Giesinger" oder "Harlachinger" und nicht als "Groß-Münchner" fühlten, das kommunale Leben noch am besten funktioniere.

Oberbürgermeister in München. Minister in Bonn. Regierender Bürgermeister von Berlin. Oppositionsführer und Gesprächspartner. Ein Weg, auf dem die Erfahrung reift: Dieser Mann (56) ist gut darauf vorbereitet, Bundeskanzler zu sein.

Er kennt die Probleme der Politik. Und die Tücken der Bürokratie. Denn er hat sich mit ihnen auseinandergesetzt. Schon als Oberbürgermeister, vor mehr als 20 Jahren.



„Der Staat soll nicht über das Recht herrschen. Sondern das Recht soll über den Staat herrschen.“

Für mehr Lebensqualität und innere Reformen: Hans-Jochen Vogel möchte, daß davon nichts zurückgedreht wird.

*Gespräch mit Vogel!*

*H. Vogel*  
28.10.78

Eintragung von Hans-Jochen Vogel  
im Gästebuch des Gasthauses "Kreuz"  
in Dettingen

# Pleite bei den Gemeinden durch Kohls Sparpolitik

AUCH KONSTANZ MUß DEN GÜRTEL ENGER SCHNALLEN

Weil die neue Bundesregierung an Sozialleistungen spart und die Arbeitslosenzahlen weiter zunehmen, haben die Gemeinden künftig rund 20% mehr an Sozialkosten zu tragen. Die Änderungen bei BaföG, Renten, Wohngeld und in anderen Bereichen führen dazu, daß immer mehr Bürger unseres Landes Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen und diese ist von den Gemeinden zu zahlen: 1983 zusätzlich ca. 30, 1984 ca. 80 Millionen DM.

Dies ist bei weitem nicht alles, was seit der "Wende" im Herbst vergangenen Jahres den Gemeinderäten und Gemeindegemeinschaften Sorge bereitet. "Wenn es so weitergeht, sind wir bald pleite", ist eine häufig vertretende Ansicht.

Die Senkung der Gewerbesteuer reißt ein weiteres Loch in die Gemeindegemeinschaften. Dies ist vor allem deshalb so schwerwiegend, weil die Gewerbesteuer eine der wenigen noch verbliebenen Einnahmequellen ist, über die die Gemeinden noch frei verfügen können.

In die gleiche Richtung zielt auch die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge. Diese führen dazu, daß die Einkommenssteuer kleiner wird und damit auch der Anteil der Gemeinden.

Sollte es dann auch zu der bereits angekündigten Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 14% kommen, so führt auch dies zu Mehrausgaben bei den Sach- und Investitionsausgaben der Gemeinden.

Kohl und Stoltenberg liegen damit auf der Linie ihres Parteifreundes Späth, der schon seit geraumer Zeit rigoros in die Finanzen der Gemeinden eingreift um seinen eigenen, Baden-Württemberg'schen, Haushalt zu sanieren. Die Senkung der Kindergartenzuschüsse, der Zuschüsse bei den Schülerbeförderungskosten, die Erhöhung des Eigenanteils bei den Lernmitteln von 1,-- auf 5,-- DM sind dafür Beispiele.

Was die Stadt Konstanz besonders hart trifft ist die Kürzung der Spielbankabgabe, die die kulturellen Einrichtungen der Stadt zu einem Teil mit finanziert. Diese Kürzung gefährdet direkt die Stellung der Stadt Konstanz als kulturelles Oberzentrum und trifft damit den Nerv der Stadt.

Die Folgen einer solch verantwortungslosen Finanzpolitik bei Bund und Land lassen sich leicht darstellen. Daß die Gemeinden diese Ausfälle in irgend einer Weise ausgleichen müssen, liegt auf der Hand. Dies kann in zweierlei Art und Weise geschehen: durch Erhöhung der Steuern, Beiträge und Gebühren und durch Senkung der Ausgaben. Dies wiederum trifft uns Bürger, trifft Industrie, Handel und Handwerk.

Sozialleistungen im weitesten Sinne, Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Theater, öffentlicher Nahverkehr und vieles andere mehr werden teurer werden. Zusammen mit den zu erwartenden Mieterhöhungen führt dies zu einem enormen Kaufkraftverlust und damit auch zu schweren Schäden für die Wirtschaft, die ihre Erzeugnisse nicht mehr verkaufen kann. Kürzen die Gemeinden ihre Ausgaben, so bedeutet dies weniger Investitionen und damit weniger Aufträge für die örtlichen Handwerksbetriebe mit allen Konsequenzen, wie Arbeitslose, geringere Gewerbesteuer usw., was wiederum auf die Gemeinden und damit die Bürger zurückschlägt.

Wohin eine solche Politik bei konsequenter Anwendung führen kann, zeigt das Beispiel der amerikanischen Stadt Detroit.

Dies alles zeigt: die Wende der Kohl/Genescher-Regierung führt in die falsche Richtung - sie ist kommunal-feindlich. Wir brauchen eine Regierung, die mehr übrig hat für die Gemeinden und die mehr übrig hat für die kleinen Leute. Wir brauchen eine Regierung der SPD mit Hans-Jochen-Vogel.

Roland Schöner  
Helmut Gloger



Demnächst in diesem unserem Lande?

# Umverteilung von unten nach oben

Die Wende, die die CDU/CSU und FDP - Rechtskoalition eingeleitet hat, ist die Entlastung von Unternehmern, eine kaum spürbare Belastung der Besserverdienenden und eine starke Belastung von Arbeitnehmern, Rentnern, Mietern, Schülern, Studenten und Sozialhilfeempfänger. Da dies immer wieder bestritten wird oder als Wahlkampfunterstellung bezeichnet wird, soll hier anhand einiger, beliebig herausgegriffener Beispiele der Wahrheitsbeweis angetreten werden.

**BEISPIEL 1:** Den größeren und großen Unternehmen werden Steuerentlastungen bei der Gewerbesteuer von jährlich etwa 2,5 Milliarden DM gewährt. Bezahlt werden muß diese Gewerbesteuerentlastung mit einer Mehrwertsteuererhöhung um ein Prozent. Diese Erhöhung trifft alle Verbraucher, also vor allem den kleinen Mann, denn er kann bei Essen, Trinken kaum etwas einsparen.

**BEISPIEL 2:** Die Umverteilung von unten nach oben läßt sich gut bei der Wohnungsbauförderung der Rechtskoalition zeigen. So wirkt sich der Schuldzinsenabzug von 10.000 DM bei selbstgenutzten Wohnungseigentum für einen Verdiener in der höchsten Einkommensklasse unter Berücksichtigung der Kirchensteuer mit DM 6.104,-- aus, während es dem Normalverdiener nur DM 2.398,-- erbringt.

Die SPD fordert deshalb seit langer Zeit, statt Schuldzinsenabzug und § 7b einen Abzug von der Steuerschuld einzuführen, der allen Bauherren gleiche Vorteile bringen würde.

**BEISPIEL 3:** Auch die steuerlichen Kinderfreibeträge sind ein Geschenk für Besserverdienende. Der Spitzenverdiener wird jährlich mit 273,11 DM, der Normalverdiener mit 103,59 DM entlastet, während die alleinstehende Frau mit Kinder, die von der Sozialhilfe leben muß, gar nichts erhält.

Deshalb hat die SPD schon immer gefordert, Kindergeld allen - zumindestens bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze - in gleicher Höhe zu zahlen.

**BEISPIEL 4:** Eine Witwe mit einer Rente von 900 DM, ein Sohn in der Berufsaufbauschule erhielt bisher 490 DM Bafög. Ab Herbst 1983 bekommt sie nichts mehr, 35 Prozent des Familieneinkommens fehlen.

Deshalb hat sich die SPD schon immer dafür eingesetzt, daß durch Bafög alle Bevölke-

rungsschichten gleiche Bildungschancen haben.

**BEISPIEL 5:** Die Rückzahlung des Darlehens beim Studenten-Bafög setzt spätestens fünf Jahre nach Studienende ein. Maximale Rückzahlungsfrist: 20 Jahre. Wer in den ersten fünf Jahren zurückzahlt, bekommt 50 Prozent erlassen, was eine Bevorzugung von sehr gut verdienenden Berufsgruppen ist. Oder den Kindern reicher Eltern wird der Betrag vorgestreckt.

Die Zusammenstellung der Beispiele zeigt, daß die Beschlüsse der Rechtskoalition sozial unausgewogen sind. Die CDU scheint dies auch gemerkt zu haben, denn jetzt will sie aus der Ergänzungsabgabe eine Zwangsanleihe machen. Am 21. Dezember 1982 wurde ein Gesetz erlassen, das am 1.1.1983 in Kraft tritt. Noch bis 13. Januar wird dieses Gesetz von Bundeskanzler Kohl und Minister Stoltenberg verteidigt. Eine Woche später will man das Gesetz dann ändern. Entweder ist das alles nicht so ernst gemeint, man kann sich ja auf die FDP verlassen?!, oder die CDU weiß auch hier nicht, was sie will.

Das Gesetz über die Ergänzungsabgabe ist auch noch unausgewogen innerhalb der Schicht der Gutverdienenden, weil es einseitig die bevorzugt, die investieren können, wie gut verdienende Freiberufler, Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer. Ein Zweitwagen für den Sohn oder die Frau ist als Geschäftswagen auch eine Investition. Gut verdienende Angestellte oder Beamte haben keine Möglichkeit, durch eine Investition sich von der Abgabe zu befreien.

Hans-Joachim Weber

## Schickt Kohl Coupons

Lehrstellengarantie - in Bonn einzulösen

Herrn  
Bundeskanzler H. Kohl  
Bundeskanzleramt  
5300 Bonn 1

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!**

Ich bitte Sie um Zuweisung einer der 30 000 von Ihnen garantierten Lehrstellen, da ich noch keine gefunden habe.

Name

Straße

Anschrift

# Unser Bundestagskandidat: Fritz-Joachim Gnädinger

Für die Möglichkeit, mich über das "Ortsgespräch" direkt an die Bürgerinnen und Bürger der Doppelgemeinde Dettingen-Wallhausen wenden zu können, bin ich sehr dankbar. Ich schreibe im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl und darf dabei ein Thema herausgreifen, das mir auch zugleich das wichtigste zu sein scheint.

Schon die wenigen Monate des Bestehens der neuen Rechtskoalition in Bonn zeigen, daß die Parole des vergangenen Herbstes, ein Regierungswechsel sei das beste Beschäftigungsprogramm, nicht anderes war als Propaganda. Siebenhunderttausend zusätzliche Arbeitslose seit dem ersten Oktober 1982 sprechen eine deutliche Sprache. Auch die Union wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Arbeitsmarktprobleme schwieriger sind, als daß sie durch Kraftsprüche gelöst werden können.

Wir Sozialdemokraten haben zum Abbau der Arbeitslosigkeit klare Vorschläge gemacht, dies auch schon, als wir in der sozial-liberalen Koalition von der FDP noch daran gehindert wurden, sie zu verwirklichen. Die SPD hat ihre Vorschläge in einem Beschäftigungsprogramm 1983 bis 1985 erneut zusammengefaßt. Schwerpunkte sind dabei die staatliche Förderung arbeitsplatzschaffender Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen der Energie-Einsparung, des Wohnungsbaus, der Städtmodernisierung und des Umweltschutzes. Darüber hinaus vertreten wir schon seit Jahren die Auffassung, daß Arbeitszeitverkürzungen unumgänglich und notwendig sind, um die immer weniger werdende Arbeit auf alle Schultern gerecht zu verteilen.

Trotzdem gilt aber auch, daß die Bundesrepublik bei allen Sorgen um die Arbeitslosen im Herbst des vergangenen Jahres besser dastand als vergleichbare Länder. Von einer Erblast zu reden mutet deshalb mehr als komisch an, besonders wenn jene davon sprechen, die wie Graf Lambsdorff und Genscher zugleich Erben und Erblasser sind.

Meine Befürchtung ist, daß die neue Rechtskoalition durch ihre verfehlte Politik der Umverteilung von unten nach oben



den breiten Schichten beträchtliche Kaufkraft entzieht und damit die wirtschaftliche Talfahrt beschleunigt. Gewiß in schwierigen Zeiten müssen alle Abstriche machen. Es muß aber unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit geschehen. Auch Sie werden überwiegend empfinden, daß die Sanierungsprogramme der derzeitigen Bundesregierung sozial nicht ausgewogen und deshalb ungerecht sind. Dies zeigt sich besonders beim Mietrecht, wo es die erklärte Absicht war, Mieterhöhungen im Wohnungsbestand zu ermöglichen. Weist man jedoch auf diese Tatsache hin, wie dies übrigens auch prominente CDU- und CSU-Kommunalpolitiker tun, so wird man vom Generalsekretär der CDU, Dr. Heinrich Geißler, als "Lügner" bezeichnet oder gar mit Hilfe eines Brecht-Zitates in die Nähe von Verbrechern gerückt. Dabei kommt einem letztlich ein anderes Zitat in den Sinn: "Heinrich, mir graut vor Dir".

# Das neue Mietrecht- wozu?

Kaum an der Macht, beschloß die Rechtskoalition Kohl/Genscher eine einschneidende Reform des bestehenden Mietrechts. Das neue, seit Januar dieses Jahres bestehende Mietrecht soll dabei wahre Wunder vollbringen: Es soll den Wohnungsbau ankurbeln, leerstehende Wohnungen nutzbar machen, die Konjunktur in Trab bringen. Und dies praktisch zum Nulltarif, ohne weitere Kosten für die Regierung. Zur Kasse gebeten werden sollen allerdings die Mieter:

- durch Staffelmieten, in denen eine schrittweise Mieterhöhung für höchstens 10 Jahre im voraus vereinbart wird,
- durch Zeitmietverträge ohne Kündigungs- und Räumungsschutz für höchstens 5 Jahre,
- durch Vergleichsmieten, bei denen der Vermieter auch eigene Wohnungen zur Begründung der Mieterhöhung heranziehen darf und
- durch Modernisierungen, deren Kosten auf die Mieter überwältzt werden.

Mit massiven Mieterhöhungen (bis zu 30%) muß also gerechnet werden, vor allem in Ballungsgebieten, aber auch in bevorzugten Wohngebieten, zu denen Konstanz und Umgebung sicher zählen. Hier stellt sich die Frage, ob denn das alte Mietrecht tatsächlich den Wohnungsbau behindert, Investitionen gehemmt, Mieterhöhungen nahezu unmöglich gemacht und das Leerstehenlassen von Hunderttausenden von Wohnungen erzwungen hat?

## MIETEN RAUF - PROBLEME GELÖST?

Wird also das neue Mietrecht- und das heißt in erster Linie höhere Mieten - all diesen Übeln Abhilfe schaffen? Was den Wohnungsbau angeht, wohl kaum, denn zu keinem Zeitpunkt wurden in der Bundesrepublik mehr Wohnungen gebaut als in den

## ORTSGESPRÄCH

Herausgeber: SPD-Ortsverein  
Dettingen-Wallhausen  
V.i.s.d.P.R.: Roland Schöner  
Redaktion: Klaus Burger  
Gestaltung: Erich Drobek  
Horst Döpner  
Druck: Friedrich Romer  
KN, Rheinsteig 15  
Redaktionsanschrift: Säntisblick 1,  
7750 Konstanz-Dett.

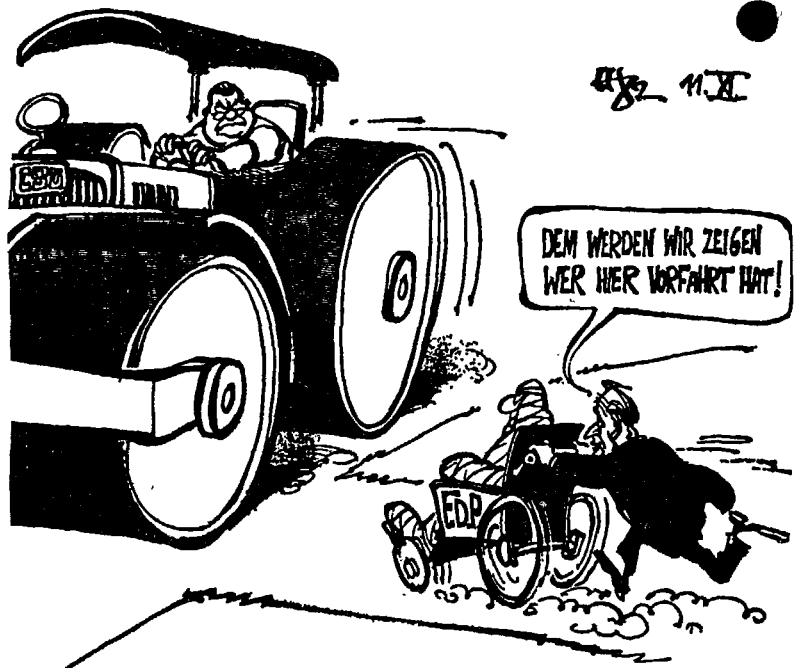
Jahren 1973 - 75; d.h. ausgerechnet nach der Verabschiedung des "schrecklichen" Mietrechts der sozialliberalen Koalition im Jahre 1972. Aus diesem Grund bräuchte es also sicher keine Änderung der bisherigen Bestimmungen.

Gestiegen sind die Mieten auch unter dem alten Mietrecht - das wissen vor allem auch die Mieter im Konstanzer Raum. Aber gerade bei den Mietpreisen gibt es Obergrenzen, und die sind in vielen Fällen schon erreicht. Wenn das Vermieten von Neubauten nur noch rentabel ist, bei Quadratmeterpreisen von DM 20 und mehr, wer soll denn diese kostendeckenden Mieten überhaupt noch bezahlen? Wer rund 30 Prozent seines Nettoeinkommens - so die neuesten Zahlen - für eine Neubaukaltmiete hinblättern muß, dessen Belastungsgrenze ist sicherlich erreicht.

Mehr bezahlen sollen die Mieter aber auch nach den Vorstellungen der Rechtskoalition für Altbauwohnungen. Auch hier muß man sich fragen, was dies mit einer Belebung der Bauwirtschaft zu tun haben soll. Warum sollen höhere Mieten für ältere Häuser den Neubau ankurbeln? Was sollte die Vermieter veranlassen, neue Häuser zu bauen, wenn sie lediglich an den alten verdienen, bei neuen aber auf keinen grünen Zweig kommen?

## FALSCHER STRATEGIE

Die Gründe dafür, daß im Wohnungsbau nicht mehr investiert wird, liegen woanders. Mehr noch als die "niedrigen" Mieten bremsen hohe Zinsen und hohe Baukosten und vor allem gestiegene Grundstückspreise die Neigung zum Investieren. In Großstädten zum Beispiel verdoppeln sich die Grundstückspreise ungefähr alle vier Jahre.





Eine von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Bodenrechtsreform, die dieser Entwicklung den Riegel hätte verschieben können, wurden von den Unionsparteien abgeblockt. So können Spekulanten nach wie vor hohe steuerfreie Gewinne mit dem knappen Boden machen - ein entscheidender Grund für die Kostenexplosion im Baubereich. Das hat aber auch dazu geführt, daß immer weniger Leute das Geld für ein Eigenheim zusammenbrachten und diese immer weniger Wohnungen freigemacht haben. Hinzu kommen die vielen jungen Leute der geburtenstarken Jahrgänge, die einen eigenen Hausstand gründeten. Alle diese Entwicklungen haben mit Mietrecht nichts zu tun. Deshalb kann auch ein neues Mietrecht an der ganzen Misere nichts ändern. Die Strategie der Rechtskoalition ist von vorn herein zum Scheitern verurteilt.

#### SOZIAL UNAUSGEWOGEN

Erreicht wird vielmehr etwas ganz anderes. Das ist zunächst eine Verschlechterung im

Klima zwischen Mieter und Vermieter, weil die Vermieterposition einseitig gestärkt und der Eindruck erweckt wird, es sei ihnen etwas entgangen, auf was sie in Wirklichkeit Anspruch hätten. Zum anderen, und dies wiegt bedeutend schwerer, wird damit eine Entwicklung eingeleitet, bei der die sozial Schwachen irgendwann auf der Strecke bleiben müssen. Wenn nämlich jetzt die Mieten für bislang preiswerten Wohnraum auf breiter Front steigen, dann wird manchem nichts anderes übrig bleiben, als sich eine billigere Behausung zu suchen. In die frei werdende Wohnung zieht dann wiederum ein anderer ein, der seine teure Wohnung auch nicht halten kann.

Zwar plante auch die alte sozialliberale Koalition eine Reform des Mietrechts - vor allem auf Druck der FDP. Eine derart einseitige, sozial unausgewogene Ausführung wäre von der SPD aber mit Sicherheit verhindert worden.

Klaus Burger

## Warum ich SPD wähle...

INTERVIEW MIT DEM EHEMALIGEN F.D.P.-MITGLIED PROFESSOR DR. E. WIEHN

Zur Person: Dr. Erhard Wiehn, 45 Professor für Soziologie an der Universität Konstanz, war 15 Jahre Mitglied der FDP, Vorsitzender des FDP-Ortsvereins Konstanz, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes Baden-Württemberg. 1967/68 organisierte er den Landtagswahlkampf erfolgreich für Professor Dahrendorf. 1979 gab er das Buch "Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte", Vorwort J. Morlok, heraus. Im Herbst 1982 trat er aus der FDP aus.

ORTSGESPRÄCH: Herr Wiehn, Sie sind aus der FDP ausgetreten, was war der letzte, der konkrete Anlaß?

WIEHN: Grund für mich war die Art des Wechsels, der Bruch der Koalition: Diesen Wechsel halte ich für einen ganz schlimmen Anschlag auf die Glaubwürdigkeit der Demokratie. Es war ein Anschlag gegen die politische Moral, es war auch eine Art Wählerbetrug und es war Wortbruch. Ich selber habe im Bundestagswahlkampf 1980 in einer Reihe von eigenen Wahlkampfveranstaltungen noch - entsprechend der offiziellen Parteilinie - für die sozial-liberale Koalition geworben, auch mit dem Namen des damaligen Kanzlers Helmut Schmidt. Es ist damals Wahlkampf gemacht

worden, ganz klar nach außen hin jedenfalls, mit der Parole, diese Koalition fortsetzen zu wollen und selbstverständlich für eine ganze Legislaturperiode.

ORTSGESPRÄCH: Die Art und Weise des Wechsels wurde oft kritisiert. Von der FDP wird dazu verlautbart, die Gemeinsamkeiten wären erschöpft gewesen. Wer trägt denn die Schuld am Wechsel?

WIEHN: Durch meine langjährige Mitgliedschaft, immerhin auch in Führungsgremien des Landesverbandes, habe ich schon früh genug gemerkt, wohin die Reise geht. Es gab eine Reihe von Punkten, in denen wir von der Parteiführung hinters Licht geführt wurden. Bereits kurz nach der Bundestagswahl 1980, so war damals mein Eindruck, war der Bruch bereits programmiert. Ich habe damals mit meinen Parteifreunden darüber diskutiert, und es sind schon fast Wetten abgeschlossen worden, daß der Bruch kommt. Meine Meinung war, daß etwa die Mitte der Legislaturperiode abgewartet wird und die FDP jeden Grund gegen die SPD suchen wird, um den Bruch herbeizuführen. Das war keine kurzfristige Affäre; dieser Bruch ist lange geplant und bewußt herbeigeführt worden. Meines Erachtens trägt ausschließlich die FDP dafür die Verantwortung; ich darf nur an das Lambsdorff-Papier erinnern.

ORTSGESPRÄCH: Oft hört man: "Jetzt wähle ich erst recht FDP. Ich möchte verhindern, daß praktisch das schlimmste kommt und die CDU machen kann, was sie möchte." Sonst sei absehbar, daß Strauß Außenminister wird und Zimmermann weiterhin Innenminister bleibt.

WIEHN: Auch aus meinem Freundeskreis werde ich daraufhin gefragt, gerade weil viele wissen, daß ich so lange Zeit für die FDP gearbeitet habe. Ich selbst bin ja einstweilen keiner anderen Partei beigetreten, um meine Glaubwürdigkeit zu wahren. Meine Meinung zur Wahl ist ganz entschieden, ganz klar: Ich werbe mit aller Entschiedenheit und Überzeugungskraft dafür, beide Stimmen der SPD zu geben, die SPD zu stärken: die SPD kann diesmal die Wahl gewinnen! Der FDP erweist man langfristig den besten Dienst, wenn man ihr die Chance gibt, sich personell und programmatisch zu erneuern, indem man sie jetzt nicht wieder in den Bundestag wählt.

ORTSGESPRÄCH: Wie stellt sich Ihnen die FDP heute dar?

WIEHN: Die FDP hat sich programmatisch zu einer steinzeitliberalen Wirtschaftspartei zurückentwickelt. Diese Partei hat in ihrer jetzigen Zusammensetzung bewiesen, daß sie keine zukunftssträchtige Kraft mehr ist, und daß sie die Jugend in keiner Weise mehr anzusprechen vermag. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man mit Rezepten von gestern oder vorgestern die Probleme der Gegenwart oder der Zukunft lösen kann. Das betrifft nicht nur die Wirtschaftspolitik, das betrifft auch die Innenpolitik. Man muß sich einmal vorstellen, daß die FDP das Amt des Innenministers ausgerechnet Herrn Zimmermann überlassen hat.

ORTSGESPRÄCH: Von den Grünen, aber auch teilweise aus den Reihen der FDP und SPD ist in den letzten Jahren Kritik an der Regierung Schmidt geübt worden. Hat sich denn überhaupt etwas geändert?

WIEHN: Auch ich war mit vielen Entscheidungen der sozial-liberalen Koalition nicht zufrieden. Gleichwohl bin ich überzeugt, daß wir jetzt schon gesehen haben und bei einer Bestätigung der jetzigen Regierung bald erleben könnten, daß vieles, was wie an der alten Regierung bemängelt haben, uns ziemlich harmlos erschiene im Vergleich zu dem, was wir demnächst zu beklagen haben würden. - Den Grünen sage ich: Wenn ihr Euch nicht bald entscheidet, von Radikalforderungen abzusehen, dann werdet Ihr erleben, daß ganz genau das Gegenteil von dem gemacht

wird, was Ihr wollt, sei es bei der Raketfrage, sei es bei der Energieversorgung. Die Grünen haben zwar in ihrem Grundanliegen etwas sehr Gutes im Sinn. Sie gehen auch von sehr hohen moralischen Grundanliegen aus; leider hängen sie aber unrealistischen Utopien nach, die sich beim Stand der gegenwärtigen Entwicklung auf keinen Fall von heute auf morgen verwirklichen lassen.

ORTSGESPRÄCH: Was ist aus Ihrer Sicht als Liberaler an der Politik der jetzigen Bundesregierung falsch? Worin sehen Sie die wesentlichen Unterschiede zur alten Bundesregierung unter Helmut Schmidt?

WIEHN: Meine größte Sorge besteht darin, und zwar auch in Erinnerung an das unselige Jahr 1933, daß man hier eine Wirtschaftspolitik betreiben wird, die schon in den USA und in England zu nichts Gutem geführt hat: Am Ende könnten durchaus noch mehr Arbeitslose auf der Straße stehen. - Erstmals würde sich herausstellen, daß unsere Demokratie nicht nur Reichtum und Wohlstand produziert. Nach dem 2. Weltkrieg war es ja so leicht und angenehm, Demokrat zu sein. Jetzt könnten wir zum 1. Mal gleichsam die Nagelprobe erleben. Ich bin nicht sicher, wie unsere Parteien und politischen Institutionen dieser Situation gewachsen sein würden.

ORTSGESPRÄCH: Und bei der Innenpolitik als alter liberaler Domäne?

WIEHN: Ich denke hier beispielsweise an die Ausländerpolitik. Von der zuständigen Bürokratie wird bereits ganz offen gesagt, daß sich das "politische Klima" nun so weit entwickelt habe, daß die rechtlichen Möglichkeiten endlich voll ausgenutzt werden könnten ...

So sehr ich natürlich das Problem der Arbeitslosigkeit sehe und auch berücksichtige, daß manche deutsche Arbeitslose sich die Frage stellen: "Könnten wir nicht Arbeit finden, wenn man ein paar der Ausländer zurückschicken würde?", so können wir, ja dürfen wir diesen Tendenzen unter keinen Umständen nachgeben. Bereits vor 50 Jahren wurden sie von den Nazis ausgenutzt, damals nicht gegen die Ausländer sondern gegen eine andere Gruppe.

Wir müssen dafür werben, gerade jetzt auch diese schwierige Situation mit den Gastarbeitern gemeinsam zu tragen. Die Gastarbeiter haben zu unserem Wohlstand beigetragen, der jetzt vielleicht schmilzt. Sie haben aber genauso gut wie die Deutschen ihre Steuern, ihre Krankenversicherung, ihre Arbeitslosenversicherung, ihre Rentenversicherung bezahlt.



**ORTSGESPRÄCH:** Gerade Sie als Universitätslehrer kennen die Lage der Studenten. Oft hört man, ich zuletzt auf einer CDU-Wahlveranstaltung - wie gut es den Studenten geht. Müssen nicht auch die Studenten und Schüler sparen?

**WIEHN:** Selbstverständlich bin auch ich der Meinung, daß in unserer Situation alle den Gürtel enger schnallen müssen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß bei den Studenten, gerade bei denen, die bisher Bafög bezogen haben, nicht viele freie Löcher im Gürtel geblieben sind. Die Änderung des Bafög ist überdies ja auch keine finanzpolitische Maßnahme, sondern es ist eine strukturpolitische Maßnahme. Sie wird dazu führen, daß der in den letzten Jahren gestiegene Anteil von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten drastisch sinken wird. Die schon immer Privilegierten werden wieder ohne Rücksicht auf Begabung und Konkurrenz in Ruhe studieren können; andere, die gerne studieren möchten und es auch nach ihrer Begabung könnten, werden abgeschreckt.

**ORTSGESPRÄCH:** Zum Schluß möchte ich Sie doch noch auf die Sicherheitspolitik ansprechen, was heute doch sehr viele Leute in unserem Staat stark berührt und manchmal polarisiert.

**WIEHN:** Es sieht so aus, als ob man im Rahmen der neuen Bonner Politik eine regel-

recht Umarmungspolitik begonnen habe und die deutsche Regierung scheint ein geradezu beflissener amerikanischer Befehlsempfänger werden zu wollen. Dabei ist die Bundesrepublik in den letzten Jahren mit Waffen aller Art gespickt worden und außer der DDR gibt es wohl kein weiteres Stück Erde, auf dem derart viele Waffen angehäuft sind.

Herr Vogel, auch sein Berater Professor von Weizsäcker haben dies sehr eindringlich vorgebracht. Wir brauchen keine neue Raketen, sondern wir brauchen vernünftige Abrüstungsgespräche. Ich fürchte, daß die Bestätigung dieser neuen Politik in Bonn dazu führen wird, daß neue Raketen bei uns stationiert werden, mit allen Folgen für die absehbare Zukunft.

Ich bin überzeugt, daß Herr Vogel, seine Regierungsmannschaft, sein Beraterstab Gewähr dafür bieten, klar zu sehen, was nicht geschehen darf, daß sie Gewähr bieten für eine vernünftige Politik des Ausgleichs zwischen Ost und West an dieser gefährlichen Nahtstelle. Ich fürchte dagegen, daß die Fortsetzung der neuen konservativen Politik nicht Gutes verheißt. - Ich will keine Panikmache betreiben, aber ich möchte mit aller Entschiedenheit und politischen Leidenschaft als unabhängiger sozial-liberaler Bürger dafür werben, aus vielen guten Gründen auf jeden Fall diesmal beide Stimmen der SPD zu geben.

Hans-Joachim Weber

## Beitrittsanmeldung **SPD**

Zuname / Vorname									
Straße / Haus-Nr.									
Postleitzahl				Wohnort					
Geburtsdatum				SPD-Bezirk .. <input type="checkbox"/> Bundestagswahlkreis <input type="checkbox"/> SPD-UB <input type="checkbox"/> Landtagswahlkreis <input type="checkbox"/> SPD-OV <input type="checkbox"/>					
Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w									
(bitte zutreffendes Kästchen ankreuzen)									
Ausgebter Beruf					Gewerkschaft				
Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen									
Beschäftigungsverhältnis (bitte nur ein Kästchen ankreuzen)									
<input type="checkbox"/> Angestellte(r)		<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin		<input type="checkbox"/> Landwirt(in)		<input type="checkbox"/> Schuler(in)/Student(in)			
<input type="checkbox"/> Arbeiter(in)/Facharbeiter(in)		<input type="checkbox"/> Berufssoldat		<input type="checkbox"/> Lehrling		<input type="checkbox"/> Selbständig			
<input type="checkbox"/> Hausfrau		<input type="checkbox"/> Rentner(in)/Pensionar(in)							
Zustellpostamt <input type="checkbox"/>				Beitrag <input type="checkbox"/>					

Und ich bestelle Vorwärts, weil er die sozialdemokratische Wochenzeitung ist Pro Monat DM 7,- frei Haus JA/NEIN

(Datum) (Unterschrift des künftigen Mitglieds)

(Bitte in lesbarer Druckschrift ausfüllen)

## Einzugsermächtigung

An (Zahlungsempfänger)

**Betr.:** Ermächtigung zum Einzug von Forderungen mittels Lastschrift.

Hiermit ermächtige(n) ich/wir \*) Sie widerruflich, den satzungsgemäßen Parteibeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit zu Lasten meines/ unseres \*) Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Monatl. Beitragshöhe

Beginn des Einzugs  1. Jan.  1. April  1. Juli  1. Okt. 19 (bitte ankreuzen)

Bankleitzahl

Kontonummer

Geldinstitut

Kontoinhaber

Wenn mein/ unser \*) Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Datum Unterschrift **9**

# Wir laden ein

ZUR Ö F F E N T L I C H E N V E R S A M M L U N G

mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises

F R I T Z - J O A C H I M G N Ä D I N G E R

am Freitag, den 25. Februar 1983.

20 Uhr, in D e t t i n g e n,

Gasthaus "Kreuz"

Der Abgeordnete, der sich im Kreis Konstanz wieder um ein Mandat bewirbt, spricht zur

B U N D E S T A G S W A H L 1983

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

SPD-Ortsverein Dettingen

Roland Schöner

# SPD

## INFORMATIONEN ZUR WAHL

Wie zu jeder Bundestagswahl führt auch diesmal die S P D einem Fahrdienst durch. Sie erreichen uns unter der Telefon-Nummer 6365.

Erstmals wählen alle Dettinger Bürgerinnen und Bürger im Schulhaus. Das Wahllokal im Rathaus entfällt.

Mitglieder und Freunde der S P D treffen sich am Wahlsonntag ab 18 Uhr im Nebenzimmer des Gasthaus "Traube" zu einem Wahlhock. Fernsehgerät ist vorhanden.